

Haushaltsrede **zum Nachtragshaushaltsplan 2006**

Herr Präsident,
hohe Synode,
liebe Schwestern und Brüder,

mit dem Aktenstück Nr. 23 i liegt Ihnen der Entwurf des Nachtragshaushaltsplanes für das Jahr 2006 vor. Diesen Entwurf, der mit dem Landessynodalausschuss und mit dem Finanzausschuss beraten wurde, bringe ich für das Landeskirchenamt ein.

1. Haushaltsdefizit 2006 deutlich verringert

1. Der Nachtragshaushaltsplan 2006 weist ein **Defizit von 45,9 Mio. €** aus (ohne Clearing-Rückzahlung). In dem regulären Haushaltsplan 2006, den die Landessynode vor einem Jahr beschloss, lag das Defizit noch bei 63,6 Mio. € und damit um fast 18 Mio. € höher. Mit dem Nachtragshaushalt konnte also das wichtigste Ziel, eine nachhaltige Verringerung des Haushaltsdefizits, erreicht werden.

Schon damals war klar, dass das viel zu hohe Defizit weiter reduziert werden muss. Eine Verringerung des Defizits im regulären Haushalt 2006 ließ sich aber nicht mit den klassischen Sparkonzepten, einer annähernd gleichmäßigen Verringerung aller Haushaltsansätze, verwirklichen. Die „Rasenmäher“-Methode stößt in unserer Landeskirche an ihre Grenzen. Der im Sommer 2004 von der Landessynode eingerichtete Perspektivsausschuss sollte strukturelle Veränderungen entwerfen, die in den Haushalt 2006 noch einzuarbeiten waren.

Auf dieses Verfahren weisen die Vorbemerkungen zum Haushaltsplan 2005/06 (S. 5) ausdrücklich hin. Dort heißt es: „Die Haushaltsansätze sowie die Stellenpläne für das Haushaltsjahr 2006 stehen unter dem Vorbehalt der Überprüfung, da nach Vorlage der Beratungsergebnisse des Perspektivausschusses der 23. Landessynode im November 2005 für das Haushaltsjahr 2006 ein Nachtragshaushaltsplan zu beschließen ist.“

**Veränderungen durch den Nachtragshaushaltsplan 2006
im Überblick (in Mio. €)**

Haushalts-Kennzahlen	Nachtrag 2006	regulär 2006	Veränderungen	
			absolut	in %
Haushaltsvolumen	500,5	506,5	- 6,0	- 1,2
Kirchensteuereinnahmen	354,6	366,6	- 12,0	- 3,3
Personalausgaben	355,0	374,7	- 19,7	- 5,3
Sachausgaben	105,5	116,8	- 11,3	- 9,7
Defizit des lfd. Haushalts (ohne Clearing-Rückzahlung)	45,9	63,6	- 17,7	- 27,8
Clearing-Rückzahlung	40,0	15,0	+ 25,0	+ 166,7
Gesamte Rücklagenentnahme (mit Clearing-Rückzahlung)	85,9	78,6	+ 7,3	+ 9,3

2. Die **Rücklagenentnahmen** nehmen bedauerlicherweise zu. Sie steigen von 78,6 Mio. € (regulärer Haushalt 2006) auf 85,9 Mio. € im Nachtragshaushalt an. Der Grund liegt in den stark erhöhten Clearing-Rückzahlungen und dem weiteren Rückgang der Kirchensteuereinnahmen. Zwar gehen auch die Personal- und die Sachausgaben zurück. Sie gleichen aber die Lücke nicht ganz aus, so dass wir für 2006 zusätzlich 7,3 Mio. € Rücklagenentnahmen im Haushaltsplan etatisieren müssen. Ich bin aber zuversichtlich, dass sich die tatsächliche Rücklagenentnahme im nächsten Jahr durch eine strenge Ausgabendisziplin noch um weitere 6 bis 8 Mio. €

verringern lässt und wir die durch die bisherige Finanzplanung vorgegebene Zielmarke beim Jahresabschluss erreichen.

II. Kirchensteuer weiter rückläufig

1. In diesem Jahr wird die laufende Kirchensteuer um rd. 5 % hinter dem Vorjahreswert zurückbleiben. Ursache ist die schon lang anhaltende Konjunkturschwäche der deutschen Wirtschaft und die konstant hohe Arbeitslosigkeit. Hinzu kommt eine rasante Verlagerung von Arbeitsplätzen. Beispiele finden sich fast täglich in den Wirtschaftsnachrichten.

2. Diese negative Kirchensteuerentwicklung hat Konsequenzen für den Haushalt 2006. Die gesamten Kirchensteuereinnahmen betragen nur noch 354,6 Mio. €. Das sind rd. 3,3 % oder 12 Mio. € weniger als noch vor einem Jahr angenommen. Unser Kirchensteueraufkommen liegt damit im kommenden Jahr auf dem Niveau des Jahres 1988. In der Zwischenzeit stiegen aber die Löhne und Verbraucherpreise um über 30 %.

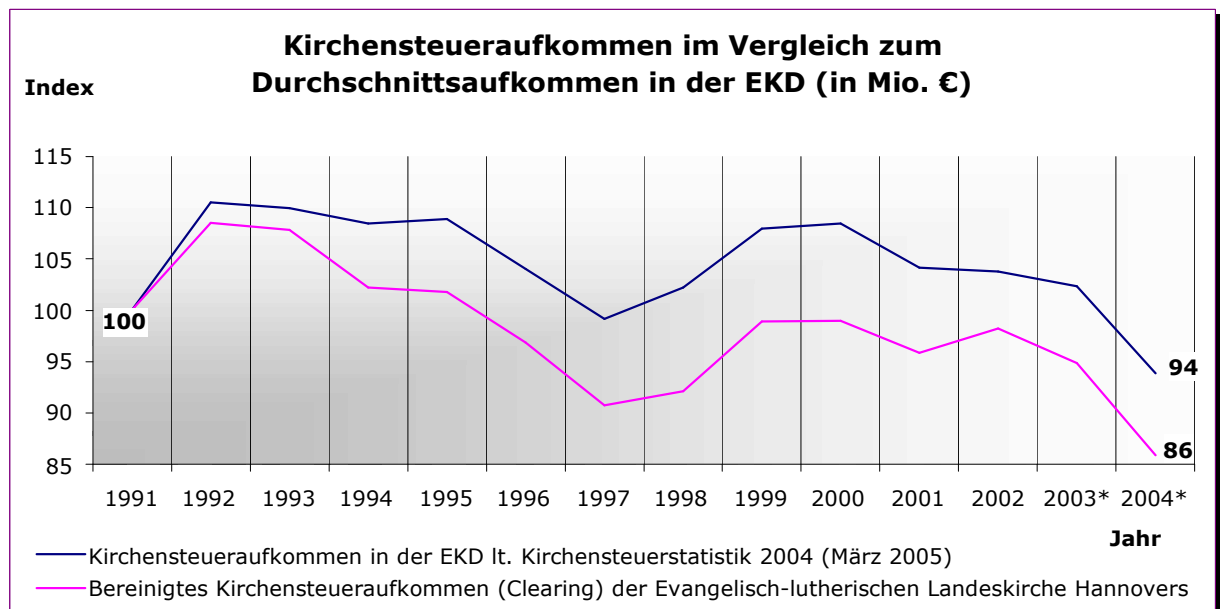
Für die **laufenden Kirchensteuereinnahmen** (Hhst. 9100-0120 und 9100-0125, S. 62) haben wir die Wachstumsrate um 0,5 % auf 1,5 % p.a. (2,5 % konjunktur- und tarifbedingte Steigerung abzüglich 1 % Kirchenmitgliederschwund) reduziert. Diese Verminderung trägt der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung und nimmt die eher pessimistische Grundstimmung der Wirtschaftsforschungsinstitute auf, die für das Jahr 2006 mit einem Wachstum des Bruttosozialproduktes von um die 1 % rechnen.

Die **Clearing-Vorauszahlungen** (Hhst. 9100-0141, S. 62) sind im Nachtrag 2006 mit 58 Mio. € und damit um 2 Mio. € niedriger veranschlagt. Nach den neuesten Clearing-Abrechnungen durch die EKD ist klar, dass uns für 2006 nur geringere Vorauszahlungen zustehen. Wenn die Zahlungen tatsächlich höher ausfallen sollten, werden die Mehreinnahmen direkt der Clearing-Rücklage zugeführt.

3. Im Haushaltsjahr 2006 werden rd. 40 Mio. € an **Clearing-Rückzahlungen** fällig (Hhst. 9100-8925, S. 66). Wir haben in den Jahren 2000 und 2001 viel zu hohe Kirchensteuer-Vorauszahlungen erhalten. Nun müssen wir für 2000 ca. 18 Mio. € und für 2001 ca. 22 Mio. € an die EKD zurück überweisen. Ursprünglich betrug der Ansatz 15 Mio. € und bezog sich nur auf die Clearing-Abrechnung für das Jahr 2001. Da die Rückzahlung für das Jahr 2000 aber auch erst im nächsten Haushaltsjahr fällig wird, ist dieser Betrag im Nachtragshaushalt 2006 zusätzlich zu veranschlagen.

Leider werden wir die jetzt geforderten Rückzahlungen von 40 Mio. € nicht ganz aus der Clearing-Rücklage nehmen können, da diese nur noch mit 36 Mio. € dotiert ist. 4 Mio. € werden zu Lasten des laufenden Haushaltes gehen. Dies gilt auch für die Rückforderungen der Abrechnungsjahre 2002 und 2003 in Höhe von zusammen 22 Mio. €, was die Jahresergebnisse 2007 und 2008 noch zusätzlich belasten wird.

4. Die Kirchensteuereinnahmen unserer Landeskirche bleiben deutlich hinter dem durchschnittlichen EKD-Niveau zurück. In den letzten 15 Jahren öffnet sich die



Schere zwischen dem EKD-Durchschnittsaufkommen und unseren periodengerecht zugeordneten Kirchensteuereinnahmen immer stärker. Gemessen am Ausgangs-

jahr 1991 (Index 100) ist das EKD-Aufkommen auf den Indexwert 94 gesunken. Das Kirchensteueraufkommen unserer Landeskirche liegt bei einem Indexwert von 86 und damit um fast 10 % hinter dem EKD-Durchschnitt. Der Grund liegt in der relativ hohen Arbeitslosigkeit und dem geringen Wirtschaftswachstum hier in Niedersachsen.

III. Empfehlungen des Perspektivausschusses umgesetzt

1. Wir haben jede Haushaltsstelle im Lichte der Empfehlungen des Perspektivausschusses (Aktenstück Nr. 98 sowie die Fortschreibung in Aktenstück Nr. 98 A) überprüft und die Haushaltsansätze konsequent reduziert. Dabei waren folgende **Eckwerte** einzuhalten:

- Die einzelnen Haushaltsstellen wurden grundsätzlich um 1/5 der vom Perspektivausschuss empfohlenen Ausgabenkürzungen bis 2010 reduziert.
- Der neue Haushaltsansatz wurde in der Höhe regelmäßig durch die Veranschlagung des regulären Haushaltsplanes 2006 begrenzt. Mit anderen Worten: Der im regulären Haushaltsplan 2006 vorgesehene Haushaltsansatz wird nicht überschritten.

Die Haushaltsansätze wurden zudem neu berechnet, soweit dies nötig und möglich war. Wichtige und zwingende Änderungen (z. B. Veränderungen der Personalkosten durch den Wegfall oder die Reduzierung der Sonderzuwendungen, zusätzliche Rechtsverpflichtungen) sind berücksichtigt (vgl. Anlage 1 zum Nachtragshaushaltsplan).

2. Die Ausgabenentwicklung können Sie für jede einzelne Haushaltsstelle im Nachtragshaushaltsplan verfolgen. Wir haben zu jeder Haushaltsstelle in der rechten äußeren Spalte den Ansatz aus dem regulären Haushaltsplan 2004 mitgeteilt. Dieser Wert ist die Ausgangsbasis für die Empfehlungen des Perspektivausschusses.

Links daneben ist der neue Wert für das Haushaltsjahr 2006 ausgewiesen, der nach dem oben dargestellten Verfahren verändert wurde.

In einzelnen Haushaltsstellen sind die Werte höher als im Basisjahr 2004. Vielfach liegt der Grund hierfür in einer geänderten Veranschlagung: So steigt etwa beim **Haus kirchlicher Dienste** (Hhst. 1811-7370, S. 26) der Ansatz deutlich an. Ab dem Haushaltsplan 2005/06 sind aber die Sachkosten der Arbeitsbereiche in der zentralen Haushaltsstelle mit etatisiert, die Personalkosten anderer Bereiche, etwa des Posaunenwerkes, mussten aber beim **Michaeliskloster** (Hhst. 0140-7370, S. 11) veranschlagt werden. Diese strukturellen Änderungen erschweren zwar den schnellen Überblick. Im Haushaltsplan 2005/06 sowie in der Anlage 1 zum Nachtragshaushaltsplan 2006 werden diese Veränderungen erläutert.

Wenn Sie die beiden Ansätze (Basisjahr 2004 und neue Veranschlagung für den Haushalt 2006) miteinander vergleichen, stellen Sie deutliche Ausgabenkürzungen fest. Die Summe der Ausgaben betrug 2004 noch 519,6 Mio. €; 2006 sind es 500,5 Mio. € und rd. 19 Mio. € weniger. Deutlich höher sind die Einsparungen, wenn die veranschlagten Clearing-Rückzahlungen unberücksichtigt bleiben. Die laufenden kirchlichen Ausgaben sinken um knapp 60 Mio. € in zwei Jahren.

3. In der Haushaltsstelle **Besoldung der Pfarrerinnen und Pfarrer der Landeskirche** (Hhst. 0510-4211, S. 15) wurde der Ansatz um 15 Stellen vermindert. Damit werden die durch den Besoldungsverzicht der Pastorinnen und Pastoren finanzierten 50 Stellen zu einem Teil abgesenkt. Zugleich sind in der Haushaltsstelle **Versorgungs- und Wartestandsbezüge in besonderen Fällen** (Hhst. 0510-4411, S. 16) zusätzlich 15 Stellen etatisiert. Die letztgenannte Haushaltsstelle kommt ohne zusätzliche Mittel aus, da sich die in dieser Haushaltsstelle ursprünglich etatisierten Stellen deutlich verringert haben. Somit bleibt das Finanzvolumen, insbesondere für nicht voll einsetzbare Pastorinnen und Pastoren, erhalten, wie dies durch das Aktenstück Nr. 98 A, S. 4 des Perspektiv Ausschusses angeregt wurde.

Die **Beträge zur Versorgungskasse für die Pastorinnen und Pastoren** (Hhst. 0510-4310, S. 15) sind mit 1,7 Mio. € geringer veranschlagt. Dies geht auf die voll-

ständig weggefallenen Sonderzuwendungen zurück. Die hierauf entfallenden Versorgungskassenbeiträge werden wir zukünftig sparen. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2004 steigt der Ansatz aber um 3,4 Mio. € an, was auf die Erhöhung des Hebesatzes auf 35 % zurückzuführen ist. Eine entsprechende Erhöhung findet sich auch in den Haushaltsstellen, in denen die Versorgungsbeiträge der Kirchenbeamtinnen und Kirchenbeamten veranschlagt sind.

4. Die **Gesamtzweisung** (Hhst. 9220-7325, S. 66) wird um 8,2 Mio. € auf 145,2 Mio. € verringert. Dies ist auf den ersten Blick ein ganz enormer Eingriff in die finanzielle Gestaltungsfreiheit der Kirchenkreise. Auf den zweiten Blick relativiert sich dieser Eingriff etwas.

In der Haushaltsstelle sind im regulären Haushalt 2006 die Personalkosten für die privatrechtlich Angestellten in Höhe von rd. 116 Mio. € etatisiert. Dieser Betrag wurde im Nachtrag um 6,7 Mio. € verringert, was den Veränderungen bei den Personalkosten durch die abgesenkte Sonderzuwendung entspricht. Eine weitere Absenkung auf Grund der Empfehlungen des Perspektiv Ausschusses kommt hier nicht in Betracht, da das geltende Stellenplanungsrecht die erste Einsparrate für das Haushaltsjahr 2007 vorsieht. **Hier wird deutlich, dass die Kirchenkreise und Kirchengemeinden im Sparvortrag gegenüber allen anderen Einrichtungen deutlich besser stehen.** Allerdings wird es dann im Haushaltsplan 2007/08 und vor allem in den Folgejahren zu erheblichen (kumulierenden) Eingriffen in die Gesamtzweisung kommen. Dies müssen die Kirchenkreise und Kirchengemeinden bei jeder neuen Stellenbesetzung schon heute berücksichtigen.

In der Haushaltsstelle Gesamtzweisung sind im regulären Haushaltsplan 2006 Sach- und Bauunterhaltungsmittel von rd. 49 Mio. € veranschlagt. Im Nachtragshaushaltsplan 2006 ist dieser Posten um 1,5 Mio. € verringert und mit 47,5 Mio. € vorgesehen, was der Kürzungsempfehlung des Perspektiv Ausschusses entspricht. Gegenüber dem Haushaltsansatz 2005 ist dies aber immer noch eine Steigerung von rd. 1 Mio. €. Die Kirchenkreise sind gut beraten, wenn sie diese zusätzlichen Mittel vorausschauend für die kommenden Jahre zurücklegen.

5. Die Investitionsmittel werden wiederum deutlich gekürzt, um das Haushaltsdefizit auf dem Zielpfad der mittelfristigen Finanzplanung zu halten. Die **Baumittel für die Sakralgebäude** (Hhst. 9230-7414, S. 67) sind mit 10 Mio. € und damit um 3,8 Mio. € geringer veranschlagt. Der Ansatz für **Orgelbau- und -pflege** (Hhst. 0270-7410, S. 13) mit 0,5 Mio. € entspricht dem Wert des Haushaltsplanes 2005. Die **Investitionsmittel der Diakonie** (Altenhilfe (Hhst. 2400-7391, S. 31), Krankenhäuser (Hhst. 2530.-480, S. 32), Behinderteneinrichtungen (Hhst. 2540-7680, S. 32) und Wohnungslosenhilfe (Hhst. 2720-7680, S. 33)) sind ebenfalls nur in Höhe des Ansatzes im Haushaltsplan 2005/06 berücksichtigt. Die **Verstärkungsmittel** (Hhst. 9811-8600, S. 72) in Höhe von 2,5 Mio. € müssen für das Haushaltsjahr 2006 ausreichen.

6. Der Haushalt ist nicht nur durch konsequentes Sparen gekennzeichnet. Die vom Perspektivausschuss vorgeschlagenen Investitionen in die Zukunft sind schon im Nachtragshaushaltsplan 2006 mit rd. 1,3 Mio. € etatisiert oder indirekt angelegt. Diese Mittelverstärkung ist aber nur zu verantworten, wenn die Einsparziele auch tatsächlich gelingen.

So sind für die **Förderung der Kinder-, Schüler- und Jugendarbeit** (Hhst. 1120-7411, S. 22) 120.000,-- € und für **besondere diakonische Projekte** (Hhst. 2990-7750, S. 33) 80.000,-- € etatisiert. Die vom Perspektivausschuss vorgeschlagenen Mittelverstärkungen für die genannten Bereiche werden ebenso wie die Kürzungen zu einem Fünftel umgesetzt. Die Mittel sind vorerst gesperrt. Sie werden mit Zustimmung des Landessynodalausschusses freigegeben, wenn schlüssige Konzepte vorliegen und die für 2006 vorgesehenen Einsparraten erreicht werden.

Darüber hinaus soll für das Haushaltsjahr 2007 eine neue Initiative für die **Neugründung von Stiftungen und Fördervereinen** geplant werden. Hierfür ist eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 700.000,-- € (Hhst. 9220-7419, S. 73) ausgebracht. Zudem bleibt der Ansatz **Innovationsfonds** (Hhst. 9290-7580, S. 68) über 400.000,-- € erhalten.

IV. Mittelfristige Finanzplanung: 2010 ist der Haushaltsausgleich (fast) geschafft

1. Die mittelfristige Finanzplanung basiert auf dem Nachtragshaushalt 2006 und umfasst den Zeitraum bis 2012. Bei der **Kirchensteuer** ist ein jährliches Wachstum von 1,5 % unterstellt. Sie wird von 354,6 Mio. € auf 387,7 Mio. € im Jahr 2012 ansteigen und dann das Volumen haben, das wir zu Beginn der 90er Jahre hatten. Die **sonstigen Einnahmen** steigen um 1 % p.a. von rd. 60 Mio. € auf 63,7 Mio. €.

Große Veränderungen der Kirchensteuer auf Grund von Steuerrechtsänderungen zeichnen sich z. Z. nicht ab. Zwar will die neue Bundesregierung im Einkommensteuerrecht mehrere Steuervergünstigungen streichen, was zur Erhöhung der Einkommensteuer und damit auch der Kirchensteuer führen kann. Gegenläufig wirkt allerdings eine Mehrwertsteuererhöhung um 3 %, die zu weiteren unvermeidlichen Kostensteigerungen bei uns führen wird. Letztlich – so meine Vermutung – wird eine mögliche Kirchensteuererhöhung durch die Mehrwertsteuererhöhung weitgehend aufgesogen.

2. Die **Personalausgaben** steigen bis zum Jahr 2012 um knapp 50 Mio. € auf 404,8 Mio. € an. Dabei sind nicht nur die linearen Personalsteigerungen von 1,5 % p.a. unterstellt. Nach der gegenwärtigen Rechtslage wird ab 2008 mit der Wiederaufnahme der Sonderzuwendung (Weihnachtsgeld) für Angestellte zu rechnen sein. Hierüber müssen wir in der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission aber nochmals verhandeln und deutlich machen, dass bei den öffentlich-rechtlich Bediensteten (Pastoren und Kirchenbeamte) das Weihnachtsgeld schon entfallen ist und jede Personalkostenerhöhung zu einem weiteren Personalabbau führt. Hinzu kommen auch Mittel ab 2007 für den Einstellungskorridor bei Pastorinnen und Pastoren (vgl. Aktenstück Nr. 98A, S. 15f.) sowie die von den Kirchenkreisen angesparten Mittel für den Ersatz der Altersteilzeit der Pastorinnen und Pastoren (60er-Regelung) ab 2009. Kostenmindernd wirken für das Jahr 2007 die weitere Absenkung der Sonderzuwendung und die Minderung der Stellen für Pastorinnen und Pastoren der Landeskirche auf Grund der auslaufenden selbstfinanzierten Stellen.

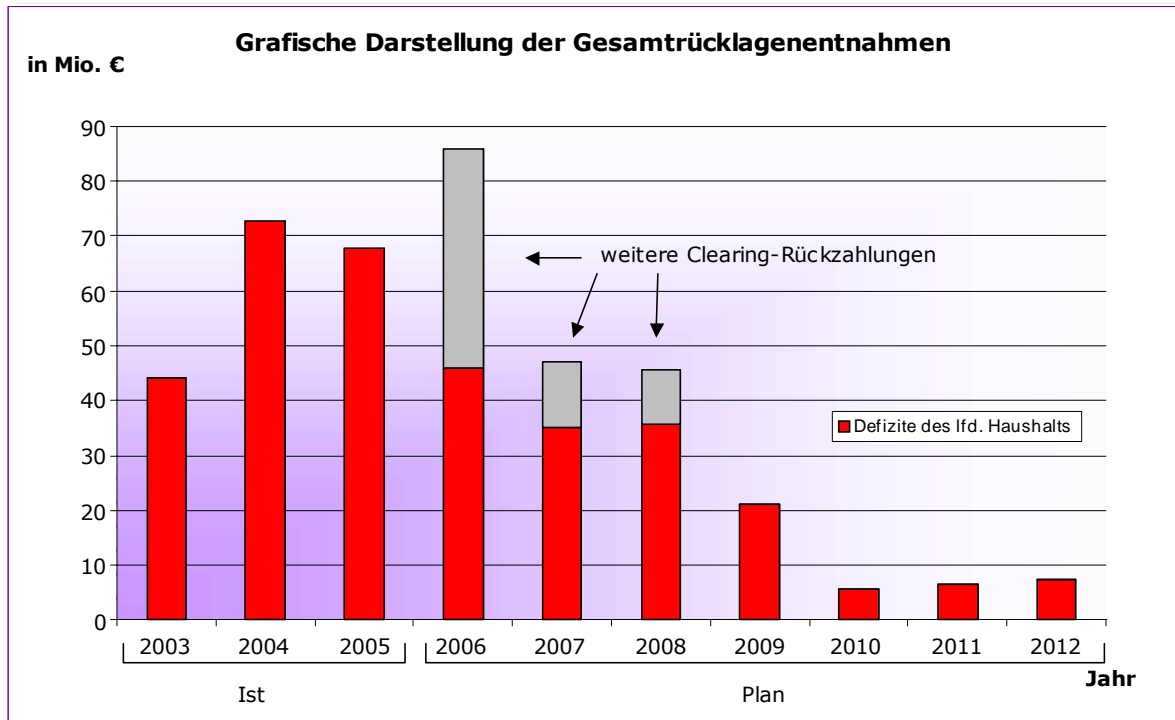
Die **Sachkosten** steigen um 1 % p.a., was schon zu einer realen Absenkung führt, da die Preissteigerungsraten regelmäßig über 1 % p.a. liegen. Ab dem Haushaltsjahr 2007 sind die Sachausgaben um knapp 7 Mio. € zu erhöhen, da die für 2006 veranschlagten zusätzlichen und überproportionalen Einsparungen bei den Bau- und Orgelmitteln sowie bei den Verstärkungsmitteln wieder in den Haushalt aufgenommen werden müssen. Sie erreichen damit im Jahr 2012 ein Volumen von 119,1 Mio. €.

Die erste Einsparrate auf Grund der Empfehlungen des Perspektivausschusses ist im Nachtragshaushaltsplan 2006 berücksichtigt. In den Haushaltsjahren ab 2007 kommen **weitere Einsparraten von jeweils zusätzlichen 16,3 Mio. € p.a.** hinzu, was bis zum Haushaltsjahr 2010 eine weitere Verminderung der Personal- und Sachausgaben von 65,2 Mio. € bedeutet. Die konkrete Zuordnung der Einsparraten zu den Sach- oder Personalausgaben ist z. Z. noch nicht möglich, da die Planungen der einzelnen Arbeitsbereiche noch nicht vorliegen.

3. Das **Defizit des laufenden Haushalts** verringert sich im Haushaltsjahr 2007 auf rd. 35,0 Mio. €. Es bleibt auch 2008 auf diesem hohen Niveau, da die für 2008 zusätzliche geplante Ausgabenverminderung von rd. 16,3 Mio. € für die mögliche Wiederaufnahme der Sonderzuwendung benötigt wird. Die von den Kirchengemeinden und Kirchenkreisen sowie den landeskirchlichen Einrichtungen mühevoll durchgeführten Einsparungen dürfen aber nicht durch unangemessene Gehaltserhöhungen aufgezehrt werden.

Im Haushaltsjahr 2010 erreichen wir nahezu den Haushaltsausgleich mit einem planerischen Defizit von 5,7 Mio. €. Bei den kommenden Haushaltsplanberatungen werden wir noch zu überlegen haben, wie das verbleibende Defizit weiter verringert werden kann. Zudem muss sichergestellt werden, dass die von der Planrechnung ausgewiesene Defiziterhöhung ab 2011 sich so nicht realisiert. Es bleibt dabei: Wir müssen 2010 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Nur so werden wir die zukünftigen Risiken im nächsten Jahrzehnt überhaupt in den Griff bekommen.

4. Im Haushaltsjahr 2006 werden unsere Rücklagen um 85,9 Mio. € geschmälert. Auch 2007 und 2008 betragen die Rücklagenentnahmen noch 47,0 Mio. € und



45,7 Mio. €. Der Grund liegt in den hohen Clearing-Rückzahlungen. 2009 reduzieren sich die Entnahmen auf 21,2 Mio. € und ab 2010 beträgt die Entnahme knapp 6 Mio. €. **Die Gesamtrücklagenentnahmen von 2003 bis 2012 liegen bei über 400 Mio. €**, was deutlich macht, dass die Landeskirche den schon begonnenen Strukturwandel langfristig sozialverträglich abfedern möchte und nicht an kurzfristigen und belastenden „Radikallösungen“ interessiert ist.

V. Veränderungsprozess aktiv und zügig gestalten!

Der begonnene Veränderungsprozess wird jeden von uns – ob im Kirchenkreis, in Kirchengemeinden, landeskirchlichen Einrichtungen oder im Landeskirchenamt - über Höhen und durch Täler führen. Nach dem ersten hoffnungsvollen Beginn können pessimistische Erwartungen bis hin zu „Katastrophenphantasien“ die Oberhand gewinnen. So stehen wir alle in der Gefahr, rückwärtsgewandt darüber zu sinnieren, warum selbst kleine Veränderungen zu großen Problemen führen. Und der ein oder

andere erinnert sich an die mittelalterliche Weisheit: „Viel Änderung im Regiment verursacht oft ein böses End.“

Diese Umsetzungskrisen werden wir umso eher bewältigen, je schneller und konsequenter wir den Veränderungsprozess aktiv gestalten und nach adäquaten Lösungen suchen. Viele Arbeitsbereiche haben den schmerzlichen Umsetzungsprozess schon längst vorausschauend und zielführend in die Hand genommen. Bereits im Sommer lagen die ersten belastbaren Planungen einzelner Bereiche auf dem Tisch. Mit mehreren Kirchenkreisen konnten wir schon über sinnvolle Kooperationen bis hin zu Kirchenkreisfusionen nachdenken. Vor kurzem besuchten uns vier Kirchenkreise und trugen vor, wie die vier Kirchenkreisämter zum ersten Kompetenzzentrum in der Landeskirche fortentwickelt werden können. Andere haben Konzepte erarbeitet, wie die Förderung des Ehrenamtes stärker gelingen kann.

All das sind hoffnungsvolle und entwicklungsfähige Ansätze, die regelmäßig mit weniger hauptamtlichem Personal und einem geringeren Baubestand auskommen. Strukturelle Änderungen müssen Kirche überschaubarer und erkennbarer machen. Auch für uns gilt: „Je einfacher unsere Organisationsstruktur ist, desto effizienter handeln wir in einer immer komplexeren Welt“. Zudem: Wer seinen Arbeitsbereich zügig umstrukturiert, kann von den Chancen des Wandels profitieren und Zugewinne realisieren, die bisher noch nicht absehbar waren.

Hohe Synode, der Nachtragshaushaltsplan 2006 ist nicht vergnügungssteuerpflichtig; er ist für uns alle eine hohe Herausforderung. Umso dankbarer bin ich den Damen und Herren des Landessynodalausschusses und des Finanzausschusses für die konstruktiven Beratungen. Ohne die Kolleginnen und Kollegen im Finanzbüro hätten wir den Haushaltsplanentwurf nicht zustande gebracht. Stellvertretend für alle möchte ich den Herren Dr. Anke, Mätzke, Schmidt und Tänzer sowie Frau Schramme, die den Haushaltsplan geschrieben hat, ein herzliches Dankeschön sagen.

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld – und wünsche uns allen die Kraft, den eingeschlagenen notwendigen (finanzpolitischen) Kurs fortzusetzen.